

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

September 2022

# hauptstadt magazin

Stromnetz  
Berlin



Stromnetz Berlin GmbH  
Schlüsselrolle bei  
der Energiewende



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





*Liebe Leserinnen, lieber Leser,*

es brennt! Und das nicht nur in den Wäldern, sondern auch bei der Feuerwehr selbst! Personalzuwachs und Entlastung von unnötigen Einsätzen ist hier das dringende Gebot der Stunde.

Dagegen sind die Flammen der Empörung über lange Beihilfebearbeitungszeiten dank zusätzlichen Personals und zeitgemäßer Technik zumindest eingedämmt worden.

Ein eigener Beitrag ist uns in diesem Heft das Anschreiben der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey zur Ausschreibung des Verwaltungspreises 2022 wert. Denn auf so anerkennende Worte haben die Berliner Verwaltung und ihre Beschäftigten sehr, sehr lange warten müssen. Möge die neue Tonart nicht auf die Regierungschefin beschränkt bleiben.

Feiern konnte sich der dbb berlin im vergangenen Monat auch einmal selbst, und zwar für zehn Jahre queerpolitisches Engagement. Besonders erfreulich, dass das Jubiläum parallel zum „Motzstraßenfest“ stattfinden konnte.

Titelthema dieser Ausgabe ist die jüngste Tochtergesellschaft des Landes Berlin, die Stromnetz Berlin GmbH. Aus der Daseinsvorsorge ist dieses Unternehmen gar nicht wegzudenken, ganz zu schweigen von seiner Schlüsselrolle bei der Energiewende.

Bleibt zum Schluss noch anzumerken: Am Wahlchaos vom vergangenen September trifft die Wahlhelferinnen und -helfer keinerlei Schuld. Der Abschlussbericht der Expertenkommission stellt im Gegenteil fest, dass es die freiwilligen Helferinnen und Helfer waren, die gerettet haben, was zu retten war. Unmittelbar nach der Wahlpanne hatte sich das noch ganz anders angehört.

Wie immer wünscht viel Spaß beim Lesen

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

### Berufspolitik

Entlastet die Feuerwehr!	4
Mutterschutz – Benachteiligung aufgehoben	4
Fortschritte bei der Beihilfebearbeitung	5
Lob und Anerkennung von der Regierenden Bürgermeisterin	6
Verwaltungspreis 2022	6
Unverzügliches Krisenmanagement gefordert	7

### Motzstraßenfest

Zehn Jahre queerpolitisches Engagement	8
--	---

### Aus den Mitgliedsgewerkschaften

BSBD Berlin befürchtet Verwahrlozung	9
--------------------------------------	---

### Wahlen 2021

Wahlhelfende haben Schlimmeres verhindert	10
---	----

### Energieversorgung

Sparpaket für den Landesdienst	11
Stromnetz Berlin	12

### Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

### Zum Schluss

Vor betrügerischen Anrufen wird gewarnt	16
Schulungen in Dienst- und Staatsrecht empfohlen	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Stromnetz Berlin GmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Frank Becker

## Entlastet endlich die Feuerwehr!

**Großbrandlagen, wie das Feuer Anfang August im Grunewald, haben unterstrichen, dass die Einsatzbereitschaft der Berliner Feuerwehr nicht durch unnötige Anrufe aus der Bevölkerung geschwächt werden darf. dbb Landeschef Frank Becker fordert Senat und Feuerwehr zu entsprechender Aufklärungsarbeit auf.**

„Bei Großbränden müssen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr einsatzbereit sein und dürfen nicht für Aufgaben eingesetzt werden, die auch andere Organisationen wie ärztliche Bereitschaftsdienste oder auch Privatärzte übernehmen können. Hier ist durch den Senat mehr Aufklärungsarbeit zu leisten.

Darüber hinaus muss den Kolleginnen und Kollegen in der Feuerwehr-Notrufzentrale ein geeignetes Abfrageprotokoll an die Hand gegeben werden, mit dem schnell und zuverlässig ermittelt werden kann, ob eingehende Notrufe tatsächlich den Einsatz von Rettungswagen der Feuerwehr erfordern.

Die Zeit drängt! Politik und Feuerwehr müssen die Bevölkerung unverzüglich aufklären!

Darüber hinaus gilt es, zusätzliche Mittel für ausreichendes Personal bereitzustellen und ein umfassendes Qualitätsmanagement unter anderem auch mit

Vertreter/innen aus den Beschäftigtenvertretungen zu installieren.“

Auch der Hauptpersonalrat hat die ausufernde Nutzung des Notrufs 112 durch die Berliner Bevölkerung kritisiert. „Leider bedenken die Bürgerinnen und Bürger oft nicht, dass es sich um eine Notfallnummer handelt – die Zahl der Bagatellen, die unter Blaulicht angefahren werden, nehmen zu“, heißt es in seinem Informationsdienst. Bequemlichkeit und Egoismus spielten eine Rolle, wenn beispielsweise bei Rückenschmerzen kein Arzttermin abgewartet, sondern kurzerhand der Notruf gewählt wird. „Was, wenn dann wegen der Bagatellanrufe für den Herzinfarkt, Schlaganfall oder für eine Massenkarambolage kein Rettungswagen mehr zur Verfügung steht?“, fragt der Hauptpersonalrat. Bislang nur Theorie? Das wisse niemand genau, aber dass kein Rettungswagen mehr zur Verfügung gestanden habe, sei in diesem Jahr schon mehrmals vorgekommen. ■

## Frauen im Mutterschutz

### Benachteiligung aufgehoben!

Eine Regelung im TV-L, die schwangere Frauen im öffentlichen Dienst benachteiligt, ist erfreulich schnell uminterpretiert worden. Wie die Senatsverwaltung für Finanzen per Rundschreiben mitteilte, werden auch Zeiten von Beschäftigungsverboten als Anrechnungszeiten für die nächste Gehaltsstufe berücksichtigt.

Der dbb berlin hatte moniert, dass im Tarifvertrag deutscher Länder (TV-L) die Anrechnung zwar bei kranken Beschäftigten vorgesehen ist, schwangere Frauen aber außen vor bleiben. Jetzt wird die Tarifnorm in Abstimmung mit der Tarifgemeinschaft der Länder unabhängig vom Wortlaut so ausgelegt, dass sie auch Beschäftigungsverbote außerhalb der Schutzfristen vor und nach der Entbindung erfasst.

Der dbb berlin begrüßt, dass die Nichtberücksichtigung dieser Zeiten, die eine unzulässige Benachteiligung von Frauen darstellt, rückwirkend beseitigt wird. Damit wird verhindert, dass die betroffenen Mütter die nächste Entgeltstufe später erreichen, Geld verlieren und auch bei der Rente Nachteile haben.

Für Synnöve Nüchter, Tarifexpertin und stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, geht die jetzige Regelung allerdings nicht weit genug: „Bei der nächsten Tarifpflege des TV-L muss Berlin auf eine Korrektur im Tarifvertrag drängen. Eine ‚andere Auslegung‘ ist zwar gut und schön, aber nicht dauerhaft rechtsverbindlich.“ ■

# Leichte Fortschritte bei der Beihilfebearbeitung

**Der Notstand in der Beihilfestelle, der zu Bearbeitungszeiten von bis zu zwölf Wochen geführt hatte, konnte zumindest teilweise abgebaut werden. Das haben Recherchen des Hauptpersonalrats ergeben, wonach neue technische Ausstattung und die Ergänzung der IT-Infrastruktur mittlerweile eine komplett digitalisierte Bearbeitung der Anträge erlauben. Außerdem hat es personelle Verstärkungen gegeben.**

Zwar ist man von vier- bis fünftägigen Bearbeitungszeiten, wie sie vor rund zwei Jahren nach Einführung der Beihilfe-App erreicht wurden, noch weit entfernt, aber auf einem guten Weg.

Nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen wird jetzt von einer 29-tägigen Bearbeitungszeit ausgegangen, wobei Anträge auf höhere Erstattungssummen in der Regel vorgezogen werden. Das ist generell bei Pflegekosten der Fall, die in fünf bis sieben Tagen erledigt werden. Sogenannte EILT-Anträgen werden im Durchschnitt in fünf bis zehn Arbeitstagen abgearbeitet. Der Zusatz „EILT“ kann ab einer Rechnung von circa 4.000 Euro vermerkt werden. Das gilt allerdings nicht, wenn die Summe durch das Sammeln von Rechnungen erreicht wird.

Auch Anträge von Beihilfeberechtigten des einfachen Dienstes werden vorgezogen, ebenso wie Krankenhausabrechnungen oder Behandlungskosten von chronisch Erkrankten.

Generell sollte zeitnah beantragt und das Ansammeln von Rechnungen vermieden werden.

## Arbeitsanfall deutlich angestiegen

Deutlich gestiegen ist der Arbeitsanfall in der Beihilfestelle. In den Informationen des Hauptpersonalrats heißt es dazu, dass noch im Jahr 2018 483.619 Beihilfeanträge zu bearbeiten waren. 2021 waren es bereits 595.213 und bis Mitte Mai dieses Jahres wurden schon rund 250.000 Beihilfeanträge eingereicht.

Zwölf neue Mitarbeitende, inklusive fünf Auszubildende, wurden mittlerweile zur Unterstützung der Beihilfebearbeitung gewonnen.

Große Unzufriedenheit hat es auch immer wieder wegen der mangelnden Erreichbarkeit der Beihilfestelle gegeben. Dem Hauptpersonalrat wurde jetzt zugesichert, dass E-Mail-Anfragen innerhalb von vier Arbeitstagen beantwortet werden. Auf Anfragen zu Therapie- oder Krankenhausbehandlungen beziehungsweise zur Pflege werde auch weiterhin schneller reagiert.

Auch der dbb berlin hatte in Gesprächen mit Finanzsenator Daniel Wesener und den Fraktionen wiederholt auf die inakzeptable Beihilfesituation aufmerksam gemacht und endlich Abhilfe eingefordert. ■

## Lob und Anerkennung von der Regierungschefin!

**Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey hat den Beschäftigten der Berliner Verwaltung für ihr großes Engagement gedankt. In einem an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Anlass der Ausschreibung des Verwaltungspreises 2022 gerichteten Schreiben heißt es unter anderem:**

„Die Berliner Verwaltung und ihre Beschäftigten haben in den vergangenen Monaten und Jahren über alle Ebenen hinweg immer wieder ihre große Leistungsfähigkeit bewiesen: etwa beim Aufbau von Impfzentren oder der Entwicklung von Corona-Hilfen des Landes im Rahmen der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen. Bei der kurzfristigen Aufnahme, Unterbringung und Integration zahlreicher Geflüchteter aus der Ukraine. Bei der Beseitigung der Hürden für den Bau von Tausenden Wohnungen in der Stadt. Oder mit der Schulbauoffensive, mit der die Bezirks- und Senatsverwaltungen die Voraussetzungen für gute Rahmenbedingungen in der Bildung schaffen.“

Für die seit Jahrzehnten auf Wertschätzung ihrer Arbeit wartenden Berliner Beschäftigten sind das neue, erfreuliche Töne, die hoffentlich auch noch in allen Senatsverwaltungen Einzug halten werden.

Tatsächlich scheint sich ein erfreulicher Wechsel im Umgang mit den vormals auch gern für politische Fehlleistungen, technische Pannen oder Personalknappheit zu Unrecht gescholtenen Bediensteten anzubahnen.

„Eine gute und serviceorientierte Verwaltung ist unverzichtbar für die erfolgreiche Entwicklung Berlins“, betont die Regierende weiter in ihrem Schreiben. „Eine Verwaltung, die sich stetig optimiert, innovative Lösungen entwickelt und dabei auch neue Wege erkundet.“

Auch der dbb berlin hat in einigen politischen Gesprächen, unter anderem mit der Regierenden Bürgermeisterin, dem für den öffentlichen Dienst zuständigen Finanzsenator und der Innensenatorin eine erfreuliche Wertschätzung für die Arbeit der Verwaltung wahrnehmen können. Aber natürlich darf es mit der veränderten Tonart nicht sein Bewenden haben. Von Lob allein werden weder Personallücken geschlossen noch Arbeitsbedingungen verbessert. Aber das wird sicher auch die Regierende Bürgermeisterin beziehungsweise der Berliner Senat wissen.



### Berliner Verwaltungspreis 2022 ausgelobt!

Vom 3. August bis 14. Oktober können sich Organisationseinheiten aller Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen sowie nachgeordneter Behörden über die Internetseite [www.berlin.de/verwaltungspreis/](http://www.berlin.de/verwaltungspreis/) für den Berliner Verwaltungspreis bewerben. Auf derselben Seite sind auch alle weiteren Informationen einschließlich der Teilnahmebedingungen abrufbar.



## dbb berlin fordert unverzügliches Krisenmanagement

Die Landesleitung des dbb berlin hat den Senat aufgefordert, unverzüglich Krisenpläne zu erarbeiten, da spätestens im Herbst 2022 mit einer weiteren Coronaausbreitung und mit Energieknappheit gerechnet werden muss. Sowohl die Coronapandemie als auch die Flüchtlingsbewegungen hatten das Land nach Feststellung des dbb berlin in der Vergangenheit unvorbereitet getroffen. Auch der Landesrechnungshof hat deshalb bereits vorbeugende Maßnahmen für den Krisenfall angemahnt.

Konkret erwartet der dbb berlin einen Aufruf zu aktivem Energiesparen an die Beschäftigten. Für entsprechende Vorschläge sollte eine zentrale Meldestelle des Senats eingerichtet werden.

Unbedingt sichergestellt werden muss die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. In diesem Zusammenhang fordert der dbb berlin die umgehende Beteiligung der Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes an Katastrophenschutzplanungen.

Schon jetzt müssten auch Ausgleichszahlungen bereitgestellt werden, falls verstärkt Arbeit im Homeoffice notwendig werden sollte. Schließlich müssten bei allen Maßnahmen mit Konsequenzen für den Arbeitsschutz die Beschäftigtenvertretungen in den örtlichen Dienststellen eng eingebunden werden.

Der Landesrechnungshof hat folgende vorbeugende Maßnahmen für den Krisenfall angemahnt:

- > Vorhaltung von Krisenplänen,
- > ressortübergreifende Nutzung digital bereitgestellter Informationen,
- > regelmäßige Teilnahme der Katastrophenschutzbehörden und deren Beauftragten an Übungen zur Krisenprävention,
- > Vernetzung der Verwaltungen untereinander durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften oder die Einrichtung von Expertengruppen,
- > Bildung interministerieller Krisenstäbe,
- > Etablierung ressortübergreifender Zusammenarbeit,
- > Erlass von Verwaltungsvorschriften unterhalb der Schwelle des Katastrophenfalls und des Eintritts von Großschadenslagen im Sinne des Katastrophenschutzgesetzes,
- > Nutzung des Krisenstabs zur Steuerung und Koordination sowie
- > qualifizierte Vorbereitung der Katastrophenschutzbehörden auf die in der Krise zu leistenden Querschnittsaufgaben.



## dbb berlin feiert zehn Jahre queeres Engagement

# Endlich wieder „Motzstraßenfest“

**Nach zwei Jahren Coronapause war es wieder so weit: Das Berliner schwul-lesbische Stadtfest konnte am 16. und 17. Juni endlich wieder steigen – selbstverständlich unter Beteiligung des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften, die in der sogenannten Politikwelt mit einem brandneuen Flyer über ihr mittlerweile zehnjähriges queeres Engagement informierten.**

Großen Zuspruch fanden die dbbler, die in diesem Jahr auch durch die gesamte dbb Bundesjugendleitung tatkräftig unterstützt wurden, bei den Festbesuchern, zu denen auch die Berliner Politprominenz zählte. Am dbb Stand gaben sich unter anderem der für den öffentlichen Dienst zuständige Finanzsenator Daniel Wesener, Umweltsenatorin und Bürgermeisterin Bettina Jarasch sowie Justizsenatorin Lena Kreck, die auch für Vielfalt und Antidiskriminierung zuständig ist, ein Stelldichein.

Auch aus den Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses fanden sich zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter beim Stadtfest und am dbb Stand, so auch der Fraktionsvorsitzende der Linken, Carsten Schatz, und der Abgeordnete Holger Krestel (FDP).

Herzlich begrüßt wurden von dbb Landeschef Frank Becker auch die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, die allen voran die schillernde Diversität des Straßenfestes ausmachen. Stellvertretend seien hier nur Seyran Ateş, Gründerin der Ibn Rushd-Goethe Moschee, und der Landesvorsitzende der Lesben und Schwulen Union Berlin, Mario Röllig, genannt.

### Konkrete Hilfestellungen

Großgeschrieben werden bei dem Stadtfest aber nicht nur persönliche Begegnungen und Kontakte in bunter und zwangloser Atmosphäre, es geht auch um ganz konkrete Hilfestellungen für Homosexuelle und Transgender-Menschen.

So prüft der dbb berlin zurzeit, inwieweit die Kosten der HIV-Prophylaxe PrEP auch von den privaten Krankenkassen übernommen werden. Diese seit September 2019 von den gesetzlichen Kassen für Menschen mit substantiellem Ansteckungsrisiko übernommene Leistung muss natürlich auch für restkostendeckend privat versicherte, gefährdete Beamte gelten, betont dbb Landeschef Frank Becker. Während die Beihilfe in der Regel eine vom Arzt verschriebene PrEP-Behandlung übernimmt, gilt das für die privaten Kassen nicht immer. Insofern wird empfohlen, vor einer entsprechenden Prophylaxe abzu-



In Feierlaune: Bürgermeisterin Bettina Jarasch, Thomas Goiny (stellvertretender dbb Landesvorsitzender) und dbb Landeschef Frank Becker (von links)



Auch Justizsenatorin Lena Kreck (Mitte) fand sich gut gelaunt am dbb Stand ein.

klären, ob die private Krankenkasse die Kosten übernimmt.

Bei den Vertragspartnern des dbb berlin aus diesem Bereich ist erfreulicherweise eine sehr positive



Finanzsenator Daniel Wesener (links) und dbb Landeschef Frank Becker präsentieren die Jubiläumstorte.

© dbb berlin (3)

## Zehnjähriges Jubiläum

Weil der dbb berlin mittlerweile auf ein zehnjähriges Engagement für „Vielfalt unter dem Regenbogen“ zurückblicken kann, hatte dbb Landeschef Frank Becker am Vortag des Straßenfestes zu einem kleinen Empfang geladen, an dem auch Finanzsenator Daniel Wesener teilgenommen und gemeinsam mit Frank Becker eine Jubiläums-Regenbogentorte angeschnitten hat.

Mit von der Partie waren natürlich auch die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die den dbb berlin beim Motzstraßenfest unterstützten wollten und denen dbb Landeschef Frank Becker in einer Rede herzlich für ihre Einsatzbereitschaft dankte.

Tendenz erkennbar: Bei der Debeka werden die Aufwendungen für PreP-Behandlungen seit 1. Juni 2022 in einigen Bisex- und Unisextarifen erstattet. Die HUK Coburg ist einem Rahmenvertrag zwischen dem PKV Verband und der Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Ärzte bereits beigetreten. Diese Vereinbarung sieht ein Betreuungskonzept durch speziell qualifizierte Ärzte für vollversicherte Personen mit substanziellem HIV-Infektionsrisiko vor. Auch die DBV AXA hat den Rahmenvertrag offiziell unterzeichnet und die Signal Iduna, die sich bereits in der Vergangenheit für die HIV-Prävention engagiert hat, ist ebenfalls folgerichtig der Rahmenvereinbarung zwischen PKV Verband und der Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Ärzte beigetreten.

Becker würdigte außerdem die mittlerweile auch innerhalb des dbb berlin erzielten „queerpolitischen“ Fortschritte. So würden Fragen wie „Müssen wir denn so etwas mitmachen?“ längst nicht mehr gestellt. Stattdessen seien der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften alljährlich auf dem Straßenfest neben den politischen Parteien eine feste Größe geworden. Lob und Anerkennung dafür gebe es auch von den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst, die aus dem gesamten Bundesgebiet zum Straßenfest anreisen und gern am Stand des dbb berlin für den einen oder anderen Plausch innehalten. ■

## BSBD Berlin befürchtet Verwahrlozung

**Der BSBD Berlin hält die bisherigen Maßnahmen des Berliner Senats zur Nachwuchsgewinnung für unzureichend und fordert endlich wirksame finanzielle Anreize, um ein Abgleiten in einen reinen Verwahrlozung wegen Personalnot zu verhindern.**

Zwar habe die Werbekampagne „Arbeiten im Justizvollzug #volldeins“, wie es in einer Antwort der Senatsverwaltung für Justiz auf eine parlamentarische Anfrage heißt, zu erhöhter Aufmerksamkeit für den Justizvollzugsdienst, nicht aber zu der erwünschten Personalverstärkung geführt. Bewerber und Anwärter erkennen sehr schnell, wie früh ihre berufliche Zukunft endet, nennt der BSBD Berlin einen der Hauptgründe für die andauernde Misere, die sich aufgrund von Altersabgängen bis 2030 noch deutlich verschärfen wird. Denn bis zu diesem Zeitpunkt werden fast ein Drittel der Beschäftigten des Justizvollzugs ausscheiden.

Für den BSBD Berlin ist es deshalb unabdingbar, sehr schnell eine Arbeitsgruppe zu installieren, die

endlich auch finanzielle Anreize für eine Tätigkeit im Justizvollzug auslotet und entsprechende Konzepte erarbeitet. Zu diesen Anreizen sollte die Durchlässigkeit der Laufbahn vom einfachen bis in den gehobenen Dienst ebenso zählen wie eine weitgehende Anerkennung vorberuflicher Zeiten und der Wegfall der Erfahrungsstufen 1 beziehungsweise die Einführung der Erfahrungsstufen 9 und 10. Als weitere Maßnahmen fordert der BSBD die Ruhegehaltfähigkeit der Justizvollzugszulage, die Erhöhung der Anwärtersonderzulage auf 70 Prozent, ein Eingangsamt A 8 sowie die Einführung eines gehobenen Justizvollzugsdienstes und die Überprüfung der Stellenbewertung im Justizvollzug. ■



## Berliner Wahlchaos

# Wahlhelfer haben Schlimmeres verhindert!

„Keine Schuld an dem Wahlchaos am 26. September 2021 trifft die über 38.000 ehrenamtlichen Wahlhelfenden, die sich in vorbildlicher Weise bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit eingesetzt und Schlimmeres verhindert haben“, stellt die Expertenkommission „Wahlen in Berlin“ in ihrem am 6. Juli 2022 vorgelegten Abschlussbericht fest. Das „Wahlchaos“ sei ausschließlich auf organisatorische und administrative Fehler sowie auf kumulierende äußere Umstände zurückzuführen.

Tatsächlich hatte es bei den drei Wahlen und der zusätzlichen Abstimmung am Wahlsonntag im vergangenen September Pannen über Pannen gegeben, die unter anderem auch zum Einsatz der Kommission geführt haben. So waren Wartezeiten von ein bis zu zwei Stunden vor den Wahllokalen keine Seltenheit, Stimmzettel waren falsch zugeteilt worden oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden, Wählerinnen und Wähler wurden vereinzelt ohne gewählt zu haben, nach Hause geschickt oder konnten ihre Stimmen noch nach der offiziellen Schließung der Wahllokale abgeben.

Um künftig derartige Debakel zu verhindern, hat die Kommission Empfehlungen abgegeben, die auch dann noch ihre Berechtigung haben, wenn weder Coronaschutzmaßnahmen noch Sportereignisse die Wahlen erschweren.

### Landeswahlordnung ändern

So muss etwa das bisherige Verfahren, wonach Wahlvorstände die Wahlgebäude vor dem Wahltag nur von außen besichtigen können und am Wahltag außer einem Hinweis eines Hausmeisters auf den Stapel der Wahlmaterialien zum Selbstaufbau keine weitere Unterstützung erfahren, dringend geändert werden. Auch der Transport der Stimmzettel durch die Wahlvorstände wird von der Kommission grundsätzlich infrage gestellt. Sie empfiehlt deshalb eine Änderung der Landeswahlordnung, die es erlaubt, den Wahlvorständen vor Beginn des Wahlaktes ein vollständig ausgestattetes Wahllokal zu übergeben. Dazu gehört nach Auffassung der Kommission auch die vollständige Ausstattung der Wahllokale mit Stimmzetteln vor Beginn des Wahlaktes als selbstverständlicher Standard. Der geltende § 42 der Landeswahlordnung sieht demgegenüber vor, dass die Wahlvorstände die Stimmzettel am Vortag in den Wahlämtern abholen, mit nach Hause nehmen und am Wahltag in die Wahllokale bringen.

Dieses Verfahren hatte sich bei der Mehrfachwahl als besonders verhängnisvoll erwiesen, weil Menge und Gewicht der benötigten Stimmzettel trotz teilweise von den Bezirken angeschaffter Rollkoffer ei-

nen kompletten Transport durch die Wahlvorstände ausgeschlossen haben und Teilmengen am Wahltag nachgeliefert werden mussten. Diese Lieferungen waren häufig fehlerhaft und wurden durch die Marathonveranstaltung behindert.

### Klare Kompetenzen schaffen

Erheblichen Handlungsbedarf sieht die Kommission beim Zusammenspiel zwischen Landes- und Bezirkswahlleitungen beziehungsweise den entsprechenden Ämtern. So müsse der Landeswahlleitung ein ausdrückliches Weisungsrecht gegenüber anderen Stellen der Wahlorganisation eingeräumt und den Bezirkswahlämtern in der Landeswahlordnung eine Auskunftspflicht gegenüber dem Landeswahlamt auferlegt werden. Auch fehle es an einer genauen Definition der Aufgabe der Bezirkswahlämter.

### Standardisierung notwendig

Die Kommission rät deshalb dringend zu einem höheren Grad an Standardisierung, das heißt, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen müssen als gesamtstädtische Aufgabe nach gesamtstädtischen Kriterien standardisiert werden. Handlungsleitfäden, Prozessbeschreibungen und Checklisten sollten künftig ein landesweit einheitliches Handeln sicherstellen.

Genau das habe beispielsweise gefehlt, um die bei der Septemberwahl von der Druckerei ausgehenden Stimmzettelprobleme zu beheben. Die fehlerhafte Sortierung sei zwar erkannt, aber die Problemlösung dezentral den Bezirkswahlleitungen beziehungsweise -wahlämtern überlassen worden, denen dafür in vielen Fällen aber die Ressourcen und Kompetenzen gefehlt haben.

Auch die unterschiedliche Ausstattung der Wahllokale, unter anderem mit Wahlkabinen, hätte bei einheitlicher logistischer Planung vermieden und ein reibungsloser Ablauf in allen Wahllokalen sichergestellt werden können.

Personeller Verstärkung bedarf nach Auffassung der Kommission das Landeswahlamt. Zur Mindestaus-

stattung der Geschäftsstelle gehörten auch ein Jurist sowie Spezialisten im Bereich IT und Öffentlichkeitsarbeit.

Generell heißt es in dem Kommissionspapier: „Mängel an finanziellen und personellen Ressourcen dürfen für den wichtigsten demokratischen Mitwirkungsakt in der Berliner Demokratie keine Relevanz besitzen.“ Die notwendigen finanziellen und personellen Mittel seien im Vorfeld von Wahlen zu bewilligen.

Bei den verbundenen Wahlen in Berlin hätten Abgeordnetenhaus und Senat jedoch die Landeswahlleitung und die Bezirke mit den zusätzlichen Herausforderungen weitgehend alleingelassen. „Eine proaktivere, frühzeitigere und den zusätzlichen Her-

ausforderungen angemessenere Bereitstellung einer auskömmlichen Personal-, Ressourcen- und Finanzausstattung für die Wahlorgane und Bezirke wäre aber notwendig gewesen“, schrieb die Kommission der Berliner Politik ins Stammbuch.

Der dbb berlin ist der Expertenkommission nach Aussage von dbb Landeschef Frank Becker für ihre klaren Worte dankbar: „Endlich wird klargestellt, dass keinesfalls Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die Deppen bei der Durchführung der Wahl waren. Ganz im Gegenteil: Sie haben Schlimmeres verhindert. Das Wahlchaos haben ganz andere zu verantworten. Mögen diese sich als lernfähig erweisen und demnächst auch einmal im Vorfeld die Anregungen der Beschäftigtenvertretungen beachten.“ ■

## Senat beschließt Energiesparpaket für den Landesdienst

# dbb berlin: Gewerkschaftliche Spitzenorganisationen und Personalräte müssen Umsetzung begleiten

**Der Berliner Senat hat Mitte August ein Energiesparpaket für den öffentlichen Dienst beschlossen, mit dem der Energieverbrauch der öffentlichen Hand in der Hauptstadt um mindestens zehn Prozent reduziert werden soll. Die Maßnahmen, die die gesamte Landesverwaltung, nachgeordnete Behörden, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Gerichte, Justizvollzugsanstalten bis hin zu landeseigenen Kulturstätten und Betrieben betreffen, werden vom dbb berlin grundsätzlich zur Vermeidung von Energieengpässen im Winter unterstützt.**

„Allerdings dürfen“, so dbb Landeschef Frank Becker, „bei der Umsetzung Personalräte und gewerkschaftliche Spitzenorganisationen nicht außen vor bleiben, denn manche vorgesehene Maßnahme, wie etwa das Abschalten der Warmwasserversorgung, muss mit Augenmaß praktiziert werden.“ Es reiche beispielsweise nicht aus, nur die Duschen in den Sporthallen, wie angedacht, unter Betrieb zu halten. Denn niemand wird ernsthaft den Frauen und Männern

der Berliner Stadtreinigung die Dusche kaltstellen wollen. Auch wer der Fahrradstaffel der Polizei und den Einsatzkräften der Feuerwehr nach einem Brand die warme Dusche verweigere, dürfe sich über heftige Reaktionen nicht wundern.

Die Sparmaßnahmen (siehe Kasten) sollen zunächst bis 31. März 2023 greifen und bei Bedarf erweitert und verlängert werden. ■

### Das wichtigsten Sparmaßnahmen im Überblick:

#### Heizung

Begrenzung der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden (Ausnahmen für Polizei, Feuerwehr, Schulen, Kitas oder Kultursammlungen)

Hydraulischer Abgleich der Heizungsanlagen, Reduktion der Betriebszeiten von Heizungs- und Lüftungsanlagen in allen Liegenschaften der öffentlichen Hand; Prüfung des Einsatzes Raumlufttechnischer Anlagen (RLT-Anlagen)

Sanierung von Heizungsanlagen auch in landeseigenen Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften, beschleunigte Sanierung des Gebäude- und Anlagenbestandes.

Mehr Infos unter [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin)

#### Warmwasser

Keine Warmwasserbereitung in öffentlichen Gebäuden (Ausnahmen Dusch- und Waschräume von Sport- und Schwimmhallen). Absenkung der Wassertemperaturen in Schwimmbäder.

#### Beleuchtung/Strom

Umstellung auf stromsparende LED-Leuchten in öffentlichen Gebäuden und bei der Straßenbeleuchtung. Keine Außenbeleuchtung und Anstrahlung repräsentativer öffentlicher Gebäude. Reduzierte Beleuchtung nach 22 Uhr in und um Sportstätten und gegebenenfalls in Grünanlagen



Stromnetz Berlin



Messwagen am  
Brandenburger Tor

## Die Zukunft fest im Blick

Seit 1. Juli 2021 ist das Berliner Stromnetz rekommunalisiert und wird von der „Stromnetz Berlin GmbH“, der jüngsten Tochtergesellschaft des Landes, betrieben. Damit liegt ein immens wichtiger und sensibler Teil der Daseinsvorsorge wieder in öffentlicher Hand. Das Unternehmen stellt nicht nur die Funktionsfähigkeit des größten städtischen Stromnetzes in Europa sicher, sondern stellt schon jetzt die Weichen für die Energieversorgung der Zukunft und ermöglicht damit dem Land Berlin, seine energie- und umweltpolitischen Ziele konsequent zu verfolgen.

Um Missverständnissen von vornherein vorzubeugen: Stromnetz Berlin ist kein Stromanbieter, sondern sorgt mit seinen Kabelnetzen, Umspannwerken, Trafos und Netzstationen zuverlässig dafür, dass der Strom der Anbieter die über 2,4 Millionen Abnehmer in der Stadt überhaupt erreichen kann.



Geschäftsführer  
Erik Landeck

Das Unternehmen hat dabei keineswegs nur den Erhalt der bestehenden Infrastruktur beziehungsweise ihre Ausdehnung auf die wachsende Stadt im Blick, betont der Vorsitzende der Geschäftsführung, Erik Landeck, im Gespräch mit dem

hauptstadt magazin. Nicht weniger wichtig ist die notwendige rechtzeitige Umstellung des Netzes auf aktuelle und künftige klimapolitische Anforderungen. Denn mit etwa fünf Jahren Vorlauf muss in der Regel gerechnet werden, wenn das Netz so aufgerüstet werden soll, dass es einer Energiewende im großen Stil standhält.

### Vorausschauende Planung

Landeck und seine Experten müssen insofern stets sehr frühzeitig alle Entwicklungen auf dem Sektor von Energiegewinnung und



-speicherung und Verbrauchsverlagerung im Blick haben, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Denn der Strom soll künftig immer weniger aus großen Kraftwerken fließen, sondern aus einer Vielzahl erneuerbarer Energiequellen, die wetter- und tageszeitabhängig Strom bereitstellen. Für Geschäftsführer Landeck ist die vorausschauende Planung einer der spannendsten Teile seiner Aufgabe. Nicht weniger spannend dürften allerdings die praktischen Umrüstungen des Netzes sein, die immer parallel zum laufenden Betrieb stattfinden müssen.

## Hohes Investitionsvolumen

Um die 300 Millionen Euro will das Landesunternehmen im kommenden Jahr in das Berliner Stromnetz investieren – in den nächsten fünf Jahren sollen es sogar 1,6 Milliarden sein. Eine Riesensumme, die einerseits die Entschlossenheit der Stadt für das Erreichen der Klimaneutralität unterstreicht, andererseits verdeutlicht, um welche Dimensionen es beim Berliner Netz geht. „Mit circa 35.400 Kilometern Leitungen, 18 Netzknoten und 75 Umspannwerken sucht unser Netz europaweit seinesgleichen“, erläutert Landeck, „angeschlossen sind rund 2,4 Millionen Haushalts- und Gewerbekunden, die von ungefähr 600 großen Stromanbietern über unser Netz beliefert werden.“ Dabei fließt der Strom nicht wie früher nur in eine Richtung, nämlich vom zentralen Kraftwerk zu den Verbrauchern, sondern zunehmend auch von den dezentralen Kundenanlagen zurück in das Netz. Dafür sorgt unter anderem die wachsende Zahl der Fotovoltaikanlagen auf den Dächern der Stadt. Ab 2023 sollen die Anlagen nach dem „Masterplan Solarcity“ bei Neubauten, Dachsanierungen und Dachgeschossausbau sogar verpflichtend sein. Stromnetz Berlin muss sich also auf immer mehr Erzeuger vorbereiten, die in das Stromnetz einspeisen werden.

Beim Kabelzug vom Umspannwerk Wuhlheide zum Heizkraftwerk Klingenberg dabei: Wilma Glücklich und Jonathan Deisler vom Bürger\*innenrat.



© Stromnetz Berlin

## Strom vom Balkon

Jörg Steinert von der Stromnetz Berlin GmbH

Stromerzeugung ist mittlerweile sogar schon in sehr viel kleinerem Rahmen, zum Beispiel auf dem heimischen Balkon, problemlos möglich. Entsprechende Fotovoltaikanlagen sind im Handel erhältlich, sollten aber von einem Fachbetrieb installiert werden. Anmeldungen sind erforderlich beim Marktstammdatenregister <https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR> und auf der Seite <https://kundenportal.stromnetz.berlin>. Den Rest besorgt Stromnetz Berlin einschließlich notwendiger Zähleränderungen kostenfrei.

Im gesamten System muss natürlich festgehalten werden können, welcher Strom von wem kommt beziehungsweise verbraucht wird. Dafür sorgen in Berlin die rund 2,4 Millionen Stromzähler, die die Stromnetz Berlin GmbH ebenfalls betreut und verwaltet. Zusätzlich ist das Unternehmen dabei, die digitale Netzkontrolle, die bislang auf Großkunden wie Unternehmen beschränkt war, auf das gesamte Netz zu erweitern.

Natürlich muss auch ständig am Erhalt des Netzes und der Umspannwerke gearbeitet werden. Umspannwerke müssen etwa alle 40 Jahre erneuert werden, bei den Kabeln, die in Berlin zu 98 Prozent unterirdisch verlaufen, hat manch altes „Schätzchen“ schon 70 Jahre durchgehalten, vorausgesetzt es wird nicht bei Erdarbeiten bewegt und muss umgehend repariert oder neu verlegt werden.



© Jörg Steinert



Schaltanlage aus einem Netzknoten, das heißt von einem Verteilerpunkt für die 110-kV-Kabelsysteme

## Zahlreiche Auflagen

Die Verlegung neuer Kabel ist in einer Stadt wie Berlin allerdings keine Kleinigkeit. Schon im Vorfeld sind Absprachen zu treffen und Genehmigungen einzuholen, etwa vom betroffenen Bezirk, dem Straßenbauamt und auch dem Grünflächenamt. Deren Auflagen – von minimaler Verkehrsbehinderung bis hin zu Handschachtungen zum Schutz von Baumwurzeln – müssen in die Planung einbezogen werden. Wenn die Trasse endlich festgelegt und ein Termin genehmigt ist, wird eine Firma für die Tiefbauarbeiten und den Kabelzug beauftragt. Die Anschlüsse selbst werden von Fachleuten der Stromnetz GmbH gelegt.

Bei einem Kabelzug in Rummelsburg konnte sich das hauptstadt magazin vor Ort überzeugen, wie wenig der Auto-, Rad- und Fußgängerverkehr durch die Verlegung von immerhin 2,3 Kilometern eines Stromkabels von 8,6 Zentimeter Durchmesser beeinträchtigt wird.

## Unterstützung durch Bürger\*innenrat

Mit von der Partei in Rummelsburg waren auch Wilma Glücklich und Jonathan Deisler vom Bürger\*innenrat, den Stromnetz Berlin im Mai installiert hat. Mithilfe des Rats will das Unternehmen sein Angebot noch besser an die Bedürfnisse der Berliner Bürgerinnen und Bürger anpassen. Das Gremium ist sehr sorgfältig zusammengesetzt worden, um die Vielfalt der Gesellschaft möglichst wirklichkeitsnah abzubilden.

„Erfreuliche 193 Bewerbungen für den Rat sind bei uns eingegangen. 50 Prozent der 24 verfügbaren Sitze wurden im Losverfahren ermittelt, die anderen 50 Prozent unter Berücksichtigung von Bezirkszugehörigkeit, Alter und Geschlecht ausgewählt. Zwölf Frauen, eine nicht binäre Person und elf Männer, Menschen verschiedener Generationen, werden zukünftig ihre Erfahrungen und Perspektiven einbringen“, erklärt Jörg Steinert, der bei Stromnetz Berlin unter anderem für die Betreuung des Bürger\*innenrats zuständig ist. Auch dbb Landeschef Frank Becker gehört dem Gremium an, das im Oktober seine Ziele genauer festlegen will. dbb Landeschef Frank Becker ist sich aber schon jetzt sicher, im Bürger\*innenrat nicht nur seine langjährige Verwaltungsexpertise einbringen zu können: „Darüber hinaus kommt mir zugute, dass ich durch meine gewerkschaftspolitische Arbeit und die damit verbundenen zahlreichen Kontakte zu Energieverbrauchern und zur Politik Meinungen und Anregungen sammeln und in die Arbeit des Rates gewinnbringend einfließen lassen kann“, erklärt er gegenüber dem hauptstadt magazin.

Auch Wilma Glücklich und Jonathan Deisler arbeiten gern an der großen staatlichen Infrastrukturaufgabe mit und haben schon die eine oder andere Vorstellung, wohin die Reise gehen soll. Beide sehen in der Bürgerbeteiligung einen guten Ansatz, die Energiewende mitzugestalten.

## Über 1.500 Beschäftigte

Gut 1.500 hauptamtlich Beschäftigte zählt die Stromnetz Berlin GmbH. Die relativ hohe Zahl entspricht der Vielfalt und dem Umfang der Aufgaben. Netzplanung und -überwachung, Störungsmanagement, Stromzähler und Finanzen gehören ebenso dazu wie die Schaffung der netzseitigen Voraussetzungen von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge bis hin zu Datacentern, die mit ihren Servern einen besonders hohen Energieverbrauch aufweisen und entsprechend starke Anschlüsse und Leistungen benötigen. Auch hier gibt es durchaus Zukunftsvisionen, nämlich die hohe Abwärme der Speicher wiederum auf Wärmepumpen umzuleiten. Stromnetz Berlin hat auch diese Zukunft fest im Blick.



dbb Landesvorsitzender Frank Becker bei der konstituierenden Sitzung des Bürger\*innenrats







## Vor betrügerischen Anrufen wird gewarnt

Erneut kommt es bundesweit zu betrügerischen Anrufen: Vermeintliche Mitarbeiter von Polizeibehörden versuchen vorzugsweise älteren Personen Informationen über ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse oder Geld zu entlocken. Zur Begründung wird ein Datenklau mit verhängnisvollen Folgen für die Betroffenen angegeben.

Bei ihren Anrufen nutzen die Täter ein spezielles technisches Verfahren, weshalb ihren Opfer eine tatsächlich zu Europol/Interpol oder einer deutschen Polizeidienststelle gehörende Telefonnummer angezeigt wird.

Abgesehen davon, dass die Polizei niemals um die Überweisung oder Übergabe von Geldbeträgen bitten wird, rät das BKA, grundsätzlich keine Details zu persönlichen oder finanziellen Verhältnissen am Telefon preiszugeben und schon gar kein Geld an unbekannte Personen zu übergeben.

Am besten, gar nicht in ein Gespräch verwickeln lassen, auflegen und Strafanzeige bei der örtlichen Polizeidienststelle erstatten. Auf keinen Fall die Rückruf-taste benutzen.

Weitere Informationen zu betrügerischen Aktivitäten auf den Websites [https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/richtigesverhalten\\_node.html](https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/richtigesverhalten_node.html) und <http://www.polizei-beratung.de>. ■

## Stellenbesetzung im Bezirksamt Mitte

### dbb berlin empfiehlt Schulungen in Dienst- und Staatsrecht

„Stellen im öffentlichen Dienst werden immer noch nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vergeben (Grundgesetz Art. 33 Abs. 12)“, kommentiert der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, die gegen Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel erhobenen Vorwürfe.

Dassel soll nach Presseberichten einen Dienstposten mit einem Vertrauten besetzt und einem unterlegenen Stellenbewerber privates Geld angeboten haben, um eine Konkurrentenklage zu verhindern.

Sollte es diesen unrühmlichen Vorfall bei einer Stellenbesetzung im Bezirksamt Mitte tatsächlich gegeben haben, empfiehlt Becker dem Bezirksbürgermeister dringend eine Schulung in Sachen öffentliches Dienstrecht und Staatsrecht: „Kurse bei der Verwaltungsakademie des Landes Berlin können nicht verkehrt sein.“

Ein Disziplinarverfahren gegen den Bezirksbürgermeister, wie es bei derartigen Vorwürfen auch bei allen anderen Beschäftigten üblich wäre, sollte hier so schnell wie möglich eingeleitet werden. ■